

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Grüße zum Internationalen Frauentag

Der Vorstand von OWUS e.V. grüßt zum 08. März alle Frauen in und um unseren Verband. Nicht nur am Internationalen Frauentag wissen wir Eure Arbeit zu schätzen. Aber so ein Tag ist nun mal in unserem Traditionsverständnis Anlaß, dies auch ganz besonders zum Ausdruck zu bringen. Wir danken Euch und wünschen Euch und Euren Familien einen schönen meteorologischen Frühling, der nun langsam erwacht. Auf den politischen Frühling werden wir aber wahrscheinlich noch etwas warten müssen. Dieser kalte Winter, in dem über Frauenquoten, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, Vereinbarung von Familie und Beruf, Kinderarmut usw. immer noch diskutiert werden muss, ist beschämend. Mit dem Mindestlohn wurde ein erster kleiner Schritt getan um das Tauwetter einzuleiten, aber wie wir sehen und hören, der Winter kann sich damit noch nicht abfinden und versucht das gebrochene Eis wieder zu schließen.

Unser Gruß geht auch an die zahlreichen Mitarbeiterinnen in unseren Mitgliedsunternehmen, auch ihnen gilt unser Dank. Wir hoffen, dass sich die Chefs am 08. März etwas besonderes einfallen lassen, um ihr Engagement zu würdigen.

OWUS-Stammtisch in Potsdam

Staatssekretärin Anne Quart bei den UnternehmerInnen in Potsdam

Für eine Handelspolitik im Interesse der Menschen und der Umwelt – keine transatlantischen Handels- und Investitions-Abkommen auf Kosten von Arbeits- und Sozialstandards... - Forderungen von Verbänden und der Linken

Der Exkurs und die Debatte rund um die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) am Unternehmerabend im Hotel „ASCOT-BRISTOL in Potsdam-Drewitz gestaltete sich viel zu kurz, um alle aufgeworfenen Fragen eingehend zu erläutern und zu diskutieren.

Die Brandenburger Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz (MdJEV) zeigte in ihren einführenden Bemerkungen den aktuellen Verhandlungsstand auf und erläuterte an einigen Beispielen die Brisanz der betroffenen Themen und Reichweite der Verträge. Sie bemängelte die ungenügende Transparenz der Verhandlungen, denn bei TTIP werden weder die amerikanischen Forderungen noch ausgehandelte Zwischenergebnisse veröffentlicht, während die CETA-Texte erst seit Herbst letzten Jahres der Öffentlichkeit vorliegen. – Nach 5 Jahren Geheimverhandlungen und erst jetzt, wo Änderungen nicht mehr zugelassen werden! Weiterhin ist zu befürchten, dass mit den Verträgen Großindustrie und -unternehmenschaft an Einfluss gewinnen: im Gegensatz zu nationalen, gewählten Volksvertretern wurden solche Lobbyisten in die Verhandlungen mit einbezogen. Weiterhin werden ihnen über die Verträge voraussichtlich etliche Möglichkeiten eingeräumt, ihre Wirtschaftsinteressen gegenüber Politik und Gemeinwohlinteressen durchzusetzen.

Die Staatssekretärin erläuterte, dass die Widerstände gegen die Handelsabkommen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen EU-Ländern, in Kanada und den USA intensiver werden.

Die Diskussion zeigte auch, dass die Inhalte der Abkommen viel wirksamer publiziert werden müssen, da nur oberflächliche Kenntnisse – zu Schlagworten wie „Chlorhühnern“ – allgemein bekannt sind, tiefergehendes Wissen aber fehlt. Darum ist es wichtig, den BürgerInnen noch mehr und deutlicher aufzuzeigen, was mit den Freihandelsverträgen auf Europa, die Länder, Kommunen, Unternehmen wie Bürger zukommt. – Es geht generell um die Frage: Wie wollen wir heute und in Zukunft leben?

Seitens der EU-Kommission, der Bundesregierung oder Handelskammern heißt es, das Abkommen nütze speziell kleinen und mittleren Unternehmen. Belegen lässt sich diese Einschätzung kaum. Schlechte Erfahrungen anderer Freihandelsabkommen sprechen eher dagegen. Zudem wurde das TTIP- KMU- Kapitel – ein Novum bei Handelsverträgen – noch nicht veröffentlicht. Daher ist alles noch viel Spekulation. Das zeigen auch verschiedenste Prognosen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen. (Kritische Studien rechnen dabei nur mit einem zusätzlichen Anstieg der Wirtschaftskraft (gemessen am BIP) um 0,48 % für die gesamte EU – bis zum Jahr 2027.) Erwartbar ist aber in jedem Fall, dass potentiell positiven Effekten in der EU erhebliche negative Auswirkungen auf andere Länder gegenüberstehen. Für klare Versprechen sind TTIP und CETA aber v.a. zu komplex!

Die TeilnehmerInnen der Diskussion waren sich einig: TTIP und CETA gehen uns alle an; denn hier werden im Rahmen intransparenter, undemokratischer Verhandlungen Beschlüsse zu allen Bereichen unseres Lebens gefasst: zu Arbeitnehmerrechten, Lebensmittelstandards, Verbraucher-, Umwelt-, Tier- und Datenschutz, kommunaler Planungshoheit und öffentlicher Daseinsvorsorge.

Zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen

CETA ist eigentlich schon ausverhandelt und wird nun zum Abschluss nur noch „rechtsförmlich“ geprüft. Bis Ende 2015 sollen die EU-Staats- und Regierungschefs entscheiden. Das müssten danach auch noch die nationalen Parlamente dürfen – nur über „ja“ oder „nein“, nicht mehr über Inhalte – doch selbst dagegen stellt sich die EU-Kommission. Zu TTIP wurde Anfang Februar mittlerweile die 8. Verhandlungsrunde gehalten (Beginn 6/2013). Ziel der Beteiligten ist der Abschluss bis Anfang 2016, denn dann beginnt der US-Präsidentenwahlkampf und TTIP würde erst einmal auf Eis gelegt. Bleibender und stärkerer öffentlicher Widerstand kann den Abschluss noch immer verhindern!

Wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktionen DIE LINKE treffen DDR-Generaldirektoren

Am 16. Februar fand ein in dieser Form bisher einmaliges Treffen statt – die wirtschaftspolitischen Sprecher der Bundestag-/Landtagsfraktionen bzw. ihre Referenten trafen sich in Berlin mit ehemaligen Generaldirektionen und Wirtschaftsfunktionären der DDR zu einem Meinungsaustausch. Grundlage war die von Rohnstock-Biographien herausgegebene Publikation „Jetzt reden wir“, von der bisher in mehreren Auflagen über 10.000 Exemplare verkauft worden.

Im Anschluss an die Arbeitsberatung fand unter der Moderation von Jutta Matuschek, wirtschaftspolitische Sprecherin im Berliner Abgeordnetenhaus, eine Diskussion statt, zu der einige Generaldirektoren durch Kurzbeiträge inhaltliche Impulse gaben. Auf Grund ihrer Erfahrungen in der Planwirtschaft und gelebten 25 Jahren in der Marktwirtschaft gaben sie einige Denkanstöße zu ausgewählten Schwerpunkten. Dabei ging es u.a. um die Rolle der Planung in modernen Großunternehmen (E. Netzmann, GD SKET). Herausgestellt wurde, dass Planung nicht mit Planwirtschaft gleichzusetzen ist. Und ohne eine Planung lassen sich

bestimmte gesamtgesellschaftliche Aufgaben nicht lösen, das Beispiel der Energiewende zeigt dies ganz deutlich. Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Berufsausbildung zur Sicherung künftiger Fachkräfte (Prof. K. Döring, GD EKO). Unterstrichen wurde die Bedeutung einer praxisorientierten Ausbildung z.B. in Betriebsberufsschulen. Ein bezahlbares Gesundheitswesen stand im Mittelpunkt des Beitrages von W. Noack, GD GERMED. Gab es zur medizinischen Versorgung der DDR-Bevölkerung 2.000 zugelassene Medikamente so sind es jetzt in Deutschland ca. 60.000. Kritisch wurde hinterfragt, inwieweit die Steuerung der Gesundheitsvorsorge dem Wettbewerb überlassen werden sollte (über 100 Krankenkassen konkurrieren miteinander). Über Energiepolitik als gesellschaftliches Anliegen äußerte sich Dr.-Ing Sandlass, GD Kraftwerke, und über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Chr. Bertag, GD Kosmetikkombinat.

In der Diskussion wurden diese Schwerpunkte intensiv diskutiert. Von OWUS wurde sowohl auf das ambivalente Verhältnis der Partei DIE LINKE zu Unternehmern hingewiesen als auch auf die Bedeutung linker kommunaler Wirtschaftspolitik. Durch die Einflussmöglichkeiten auf kommunale und landeseigene Unternehmen können Vorbildlösungen geschaffen werden, die auch auf privatwirtschaftliche Unternehmen ausstrahlen (bspw. die von der Brandenburger Landesregierung initiierten Betriebskindergärten in öffentlichen Krankenhäusern).

Die Diskussion war ein Beispiel dafür, dass anscheinend mit der Veröffentlichung der Erfahrungsberichte von DDR-Kombinatsdirektoren ein Nerv getroffen wurde, über 12.000 Teilnehmer gab es bei den bisherigen Lesungen (auch in alten Bundesländern) – siehe auch unter Veranstaltungen.

Wirtschaftsinformationen

Petition: Kein Ausverkauf unserer Infrastruktur an Versicherungen und Banken!

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel bereitet gerade im großen Stil die Privatisierung unserer Daseinsvorsorge vor. Lebensversicherer und private Rentenversicherungen sollen sich in Ausbau und Betrieb unserer Infrastrukturen einkaufen können: Straßen, Schulen, IT- und Energienetze oder Wasserwerke sollen als Anlageobjekt dienen. Ein sogenannter Expertenrat, u.a. bestehend aus Vorständen der Deutschen Bank, der Allianz und von ERGO erarbeitet dazu weitreichende Vorschläge – geheim und über unsere Köpfe hinweg. Diese Pläne müssen sofort gestoppt werden! Unterzeichnen Sie den Aufruf gegen den Ausverkauf unserer Daseinsvorsorge! Die Daseinsvorsorge ist eine Kernaufgabe staatlicher Tätigkeit, sie darf nicht privatisiert werden!

Weiterlesen: <http://www.gemeingut.org/gabriel-stoppen/>

Von Bargeschäften, elektronischen Kassen und der Datenspeicherung - Übergangsfrist zur Auf- und Umrüstung von Kassen läuft in 23 Monaten aus¹

Zur Erleichterung des Arbeitsalltags, aber auch zur Erfüllung der Aufzeichnungspflichten aus Abgabenordnung und Umsatzsteuergesetz werden in Unternehmen mit einem erheblichen Anteil an Bargeschäften elektronische Registrierkassen eingesetzt. Bereits seit dem Jahr 2002 verlangt die Finanzverwaltung in einer Prüfung die Vorlage aller in elektronischer Form erfassten Daten. Spätestens seit dem Jahr 2010 gilt dies auch für alle Daten, die durch die Nutzung von elektronischen Registrierkassen erfasst werden. Nicht alle Kassentypen können dabei die Daten für den Aufbewahrungszeitraum von 10 Jahren prüfungssicher zur

¹ aus einem Rundschreiben von ETL European Tax & Law (Autor Gerd Beck)

Verfügung stellen. Daraus erwächst für den Unternehmer die Verpflichtung, die Kasse auf- oder umzurüsten, um den Aufbewahrungspflichten gerecht zu werden.

Für eine Übergangsfrist vom 26. November 2010 bis zum 31. Dezember 2016 besteht die Möglichkeit der Auf- oder Umrüstung oder auch der Neuanschaffung einer Kasse. So schnell, wie im neuen Jahr schon wieder ein Monat vergangen ist, wird auch die restliche Übergangsfrist vergehen. Von den gut 72 Monaten der eingeräumten Übergangsfrist verbleibt nur noch etwa ein Drittel, sprich ganze 23 Monate. Es ist also Zeit zum Handeln!

Förderzuschuss für Wagniskapital ist steuerfrei - Steuerfreiheit gilt rückwirkend auch für die Jahre 2013 und 2014 ²

Business Angels sind private Investoren, die von der Geschäftsidee einer jungen Kapitalgesellschaft überzeugt sind und dieses Unternehmen durch den Erwerb von Gesellschaftsanteilen finanziell unterstützen möchten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) unterstützt solche Beteiligungen seit 2013 mit einem steuerfreien Förderzuschuss in Höhe von 20% bei einer Mindestbeteiligungssumme von 10.000 EUR. Seit dem 31. Dezember 2014 sind alle bereits gezahlten und alle künftigen Zuschüsse von der Besteuerung im Rahmen der Ertragsteuern freigestellt.

Der Förderzuschuss ist jedoch an Voraussetzungen geknüpft - das BMWi will private Geldgeber und Investoren noch stärker ermutigen, jungen innovativen Unternehmen durch eine Beteiligung über die finanziellen Engpässe besonders in der Gründungsphase hinwegzuhelfen. Um den Förderzuschuss zu beantragen, sind umfangreiche Voraussetzungen für die jungen Unternehmen, aber auch für die potenziellen Investoren zu beachten. Das junge Unternehmen muss eine Kapitalgesellschaft sein, welches nicht älter als zehn Jahre ist. Die Frist berechnet sich ab dem Tag der erstmaligen Eintragung ins Handelsregister. Das innovative Unternehmen darf zusätzliches Beteiligungskapital im Wert von bis zu 1 Mio. EUR pro Kalenderjahr einwerben. Als Bemessungsgrundlage gilt dabei der Nennwert der Beteiligung und ein eventuell gezahltes Aufgeld. Damit der Investor gefördert werden kann, benötigt das innovative Jungunternehmen einen Feststellungsbescheid zur Förderfähigkeit, welcher vom BMWi ausgestellt wird. Dieser Bescheid hat eine Gültigkeit von sechs Monaten.

Der Investor und Business Angel muss eine volljährige natürliche Person mit Hauptwohnsitz in der Europäischen Union sein. Der Förderzuschuss kann auch an eine Beteiligungs- oder Business Angel GmbH gewährt werden. Sowohl die natürliche Person als Investor als auch die Gesellschafter der BeteiligungsGmbH dürfen in den zwei Jahren vor der Beteiligung und den drei Jahren danach (Mindesthaltefrist) nicht als Angestellter im geförderten **Unternehmen tätig sein. Die Beteiligung muss mindestens 10.000 EUR betragen. Die** Obergrenze pro Investor, Unternehmen und Jahr ist mit 250.000 EUR festgelegt. Der Business Angel hat diese Summe aus seinem Vermögen zu zahlen, d. h. er darf die Investitionssumme nicht über einen Kredit finanzieren. Auch die Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital ist nicht möglich, denn dem Jungunternehmen sollen tatsächlich neue Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

² ebenda

Hinweis:

In Abhängigkeit davon, ob das zu fördernde Jungunternehmen bereits besteht oder sich gerade gründen will, sind die notwendigen Anträge in unterschiedlicher zeitlicher Reihenfolge zu stellen. Diese und noch weitere wichtige Förderbedingungen sowie die aktuellen Förderrichtlinien sind auf der Internetseite des BMWi abrufbar.

"Auf den Punkt gebracht: Prüfung von A - Z" erschienen

Ab sofort ist die Ausgabe 2015 der Broschüre "Auf den Punkt gebracht: Prüfung von A – Z" im Internetangebot der Deutschen Rentenversicherung zu finden. Die Broschüre fasst die wichtigsten Stichworte aus den anderen Fachbroschüren und den Zeitschriften in alphabetischer Reihenfolge zusammen. Sie gibt damit einen kompakten Überblick über alle prüfrelevanten Themen.

Das Internetangebot der Deutschen Rentenversicherung ist zu finden unter www.deutsche-rentenversicherung.de. Alle Produkte der summa summarum-Reihe steht unter www.summa-summarum.eu zur Verfügung.

Kultur – Information von Stage Entertainment

Udo Jürgens war einer der größten deutschsprachigen Musiker unserer Zeit. Seine Songs und Konzerte begeisterten Millionen. Sein musikalisches Lebenswerk kann einmal ganz anders erlebt werden: Im Erfolgsmusical **ICH WAR NOCH NIEMALS IN NEW YORK**.

Am 25.März 2015 feiert das Musical Premiere im traditionsreichen Stage Theater des Westens in Berlin.

Noch vor der Premiere können Tickets zum Vorteilspreis mit 20% Mitarbeiter-Ermäßigung gebucht werden

Online-Buchung: www.beste-plaetze.de/mitarbeiter
Der persönliche Buchungscode: 8974690

Telefonische Buchung: 01805/114 113^{*3}

Stichwort: New York Mitarbeiter

**(0,14€/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreis max. 0,42€/Min.)*

Weitere Rückfragen an christin.kuehne@stage-entertainment.de / **030 25929-161**.

³ Rabatt auf den reinen Nettoticketpreis in PK 1-2 zzgl. Gebühren. Angebot buchbar bis zum 18.03.2015 für ausgewählte Vorstellungen im Juni und Juli 2015. Keine Addition von Ermäßigungen. Änderungen vorbehalten. Kein Einlass für Kinder unter 3 Jahren. Alle Tickets sind von der Rücknahme sowie vom Umtausch ausgeschlossen

Veranstaltungen

- ? **04. März 2015 von 11 – 21 Uhr** in der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8 in Berlin-Mitte
Konferenz des Institutes für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung "**Alternativen denken. Wirtschaften für Wohlstand und Lebensqualität. Ohne Wachstum – oder mit?**". Das aktuelle Programm sowie weitere Informationen und die Anmeldung zur Veranstaltung finden Sie online: <http://www.ioew.de/alternativen-denken-wirtschaften-fuer-wohlstand-und-lebensqualitaet-ohne-wachstum-oder-mit/>.
- ? **04. März 2015 um 19 Uhr** im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1
Podiumsdiskussion der Bundestagsfraktion DIE LINKE und der RLS mit Prof. Mearsheimer (USA), Dr. Helmuth Markov (MdJV des Landes Brandenburg) und Andrej Hunko (MdB DIE LINKE) „**Wer eskaliert im Ukraine-Konflikt?**“
- ? **05. März 2015 um 14.00 Uhr** zur ITB in Halle 4.1 große Bühne
Podiumsdiskussion der Bundestagsfraktion DIE LINKE mit Katja Kipping (Ko-Vorsitzende DIE LINKE), Iris Gleicke (StS im BMW, Ostbeauftragte der Bundesregierung), Dr. Ulrich Schneider (Hauptgeschäftsführer Paritätischer Wohlfahrtsverband) sowie Vertretern des BMFSFJ und der Gewerkschaft NGG „**Reisen für Alle**“
- ? **17. März 2015 um 18.00 Uhr** in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Potsdam, Dortusstr. 53
Moderatorin Anita Tack (MdL, Potsdam) im **Gespräch mit Prof. Dr. Karl Döring (ehemaliger Generaldirektor EKO, Eisenhüttenstadt)** und Rolf Kutzmutz (DIE LINKE, Potsdam)
- ? **23. März 2015 um 18 Uhr** im „Haus am Pichelssee“ Am Pichelssee 45 in Spandau
Podiumsdiskussion der IG B.A.U. mit Botschafter Rolf Berthold, (ehemaliger DDR-Botschafter in China) „**China – die neue Dimension – der Aufstieg Chinas**“
- ? **27. März um 16.00 Uhr im Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, in 14487 Potsdam**
unsere OWUS- Mitgliederversammlung. Bitte vegeßt nicht, Eure Teilnahmebestätigung an Robert Gadegast zu senden!

Unsere Geburtstagskinder für den Februar 2015

Hans-Peter Magerl	06.03.
Peter Wurm	08.03.
Stefanie Ebel	15.03.
Roswitha Schlesinger	19.03.
Renate Adolph	20.03.
Andreas Schmidt	26.03.
Goncalves A. Fortunato	28.03.
Bernd-RüdigerLehmann	28.03.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender tuk-j.heinrich@derpart.de .